



Beschlüsse des 62. Kreisparteitags der CDU Rhein-Sieg

6.10.2018 | Meckenheim, Jungholzhalle

I. Neue Agenda für eine nachhaltigere Entwicklungspolitik Deutschlands

Europa und Afrika sind Nachbarkontinente, an manchen Stellen nur ein paar Kilometer voneinander getrennt - und doch so weit entfernt. Während in Afrika 600 Millionen Menschen ohne Strom sind, ringen wir in Deutschland um die Energiewende. Afrika ist der drittgrößte Kontinent unserer Erde mit der jüngsten Bevölkerung aller Kontinente. Am Beginn des 21. Jahrhunderts stehen die 54 Staaten Afrikas vor vielen Herausforderungen. Das schnelle Bevölkerungswachstum ist nur ein Grund dafür, dass in bestimmten Regionen die Lebensbedingungen durch Trinkwasserknappheit und Krankheiten schwieriger werden. Es sind der eingeschränkte Zugang zu natürlichen Ressourcen sowie die Kontrolle einiger weniger über gewinnbringende Rohstoffe, die ein großes Konfliktpotenzial bergen. Zudem erschweren die Politisierung ethnischer und religiöser Zugehörigkeiten und das häufige Fehlen funktionierender staatlicher Strukturen die nachhaltige Entwicklung des drittgrößten Kontinents. Zugleich ist Afrika der Kontinent der Chancen! Elf der zwanzig am schnellsten wachsenden Volkswirtschaften der Welt findet man zwischen dem Kap Blanc in Tunesien und dem Kap der guten Hoffnung in Südafrika. Im Jahr 2035 verfügt der Kontinent über das größte Arbeitskräftepotenzial der Welt.

Gute und gerechte Chancen zur persönlichen Entwicklung, zu Glück und Erfolg stehen jedem Menschen zu und sind Ausfluss seiner Würde. In vielen Ländern Afrikas sind diese Ziele für die meisten Menschen unerreichbar. Einige wesentliche Ursachen dafür hängen in der globalisierten Welt auch mit unserem Verhalten zusammen: Viele Zusammenhänge lassen sich aufzeigen, in denen unser Wohlstand auch auf unfairen Lebens- und Arbeitsbedingungen in Ländern Afrikas beruht. Außerdem hat die Flüchtlingskrise gezeigt: Wenn es nicht gelingt, die Probleme vor Ort zu lösen, werden viele junge Menschen aus Afrika zu uns kommen – mehr als wir gut in unsere Gesellschaft, unsere Wirtschaft oder unseren Arbeitsmarkt integrieren können.

Wir wissen: Nur mit Afrika zusammen lösen wir die globalen Herausforderungen der Zukunft, die da lauten: Ernährung, Energie, Klimawandel und Kampf gegen den Terrorismus. Afrikas und Europas Entwicklung bedingen einander und entscheiden über die Zukunft beider Kontinente

Daher müssen wir trotz beschränkter Mittel und Budgets mit einer nachhaltigen und auf den Nachbarkontinent Afrika konzentrierten Entwicklungspolitik dafür sorgen, dass vor allem junge Afrikanerinnen und Afrikaner Perspektiven in ihren Heimatländern finden. Wir dürfen jedoch mit unserer Politik keine falschen Erwartungen wecken – weder in Europa noch in Afrika. Benötigt werden Millionen neue und gut bezahlte Jobs in Afrika, um den Migrationsdruck nach Europa zu mindern und Prosperität in den afrikanischen Ländern zu fördern. Hilfe für Afrika heißt deshalb vor allem Hilfe in Afrika.

Wir fordern deshalb im Rahmen des „Marshallplans mit Afrika“ eine **neue Agenda für eine nachhaltigere Entwicklungspolitik Deutschlands**, die sich vor allem auf den Nachbarkontinent Afrika konzentriert und bei deren Umsetzung die nachfolgenden fünf Eckpunkte bevorzugt berücksichtigt werden. Es sollen vor allem diejenigen afrikanischen Staaten von der Agenda profitieren,

- in denen insbesondere **Rechtssicherheit und Korruptionsbekämpfung** gewährleistet sind. Weder ausländische noch einheimische Unternehmer investieren da, wo geschossen wird und Korruption Blüten treibt. Für jeden Bürger erreichbare unabhängige Gerichte, eine objektive, rechtmäßig handelnde Verwaltung und Polizei sind die beste Gewähr dafür, dass gute Geschäftsideen auch umgesetzt werden können; zugleich sind sie der beste Schutz des Bürger gegenüber dem Staat ebenso wie gegenüber vermeintlich stärkeren Vertragspartnern,

- die ausreichend Mittel für **Bildung** (15–20 Prozent des Haushalts) und **Gesundheitsversorgung** (15 Prozent) bereit- und gleichberechtigt Zugang für Frauen und Mädchen sicherstellen. Die Dynamik einer jungen Gesellschaft kann Auslöser wirtschaftlicher Entwicklung sein. Junge Menschen in Afrika brauchen hierfür Zugang zu Bildung und Ausbildung. Sie sind über Internet gut darüber informiert, welche Chancen junge Menschen in Europa haben. Sie fordern für sich zu Recht die gleichen Chancen. Deshalb müssen sich alle Maßnahmen daran messen lassen, inwieweit sie neue Zukunftsperspektiven für Afrikas Jugend schaffen. Den Dreiklang Bildung, Ausbildung und Arbeit gilt es zum Schwerpunkt unserer Zusammenarbeit auszubauen. Eine gute Bildung und Gesundheitsversorgung ist Voraussetzung dafür, dass sich Familien zu weniger Kindern entscheiden, denen dann bessere Chancen geboten werden können. Dies kann maßgeblich zu einer verträglicheren Gesundheitsentwicklung beitragen,
- die besonders vom **Klimawandel** bedroht sind. Sieben der zehn durch den Klimawandel am meisten gefährdeten Staaten befinden sich in Afrika. Dennoch werden fossile Brennstoffe in Subsahara-Afrika mit rund 21 Milliarden US-Dollar im Jahr subventioniert. Fördermaßnahmen im Rahmen der Agenda müssen deshalb z.B. an Subventionsabbau geknüpft werden. Auf diese Weise könnten afrikanische Staaten nicht nur die Rahmenbedingungen für eine zukunftsfähige Wirtschaft schaffen, sondern auch zusätzliche Mittel für die Entwicklungsfinanzierung mobilisieren, um Biodiversität und Ökosysteme des Kontinents zu erhalten,
- die unter **Hunger und Armut** leiden Investitionen in die Landwirtschaft wurden viel zu lange vernachlässigt. Kostbare Devisen fließen unnötig in die Deckung des Grundbedarfs. Der Agrarsektor, in dem circa 70 Prozent der Bevölkerung tätig sind, trägt nur 30 Prozent zur Wertschöpfung bei. Die Menschen im ländlichen Raum dürfen nicht zum Verlierer der Globalisierung, werden. Wir brauchen daher dringend neue Wege für nachhaltige agrarische Wertschöpfungsketten und eine Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen vor Ort ,
- die bereit sind, in **dezentrale Energielösungen** für eine schnelle und effektive Versorgung des ländlichen Raums zu investieren. Dies schafft Arbeitsplätze und ermöglicht Wertschöpfung vor Ort, indem z.B. Anlagen zur Gewinnung von Energie aus Solar-, Wind-, Biomasse- oder Wasserenergie durch Dorfgemeinschaften oder Genossenschaften aufgebaut und betrieben werden.

Die CDU Deutschlands fordert die Bundesregierung deshalb insbesondere auf, in der Entwicklungszusammenarbeit auf nationaler wie auf europäischer Ebene dafür zu sorgen bzw. nachdrücklich darauf hinzuwirken, dass

- faire Handelsabkommen geschlossen werden, die sich vor allem daran orientieren, dass Wertschöpfung und Arbeitsplätze in Afrika entstehen können. Exportüberschüsse europäischer Staaten nach Afrika, die – teilweise mit subventionierten Produkten, die hier nicht marktfähig sind – dort das Entstehen eigener nachhaltiger Produktion wirtschaftlich erschweren, müssen gestoppt werden,
- Hilfe bei der Festigung rechtsstaatlicher Strukturen stärker in den Mittelpunkt der Entwicklungszusammenarbeit gestellt wird. Dabei kommt der Stiftung für Internationale Rechtliche Zusammenarbeit (IRZ) besondere Bedeutung zu,

- Investitionen deutscher/europäischer Unternehmen in jeder Hinsicht, insbesondere durch staatliche Bürgschaften auch für innovativere Geschäfte gefördert werden. Partnerschaftliche Beteiligungen deutscher/europäischer mit einheimischen Unternehmern sollen dabei besonders berücksichtigt werden,
- Verstärkte Zusammenarbeit zwischen afrikanischen, deutschen Hochschulen und deutscher Unternehmen beim Aufbau von sog. Business Akademien und Business Campi innerhalb afrikanischer Hochschulen zur Förderung des afrikanischen Unternehmertums,
- finanzielle Mittel im Rahmen der ODA-Quote (= Anteil der öffentlichen Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit am BIP, z.Zt. 0,7 Prozent) bereitgestellt werden, um sinnvolle Projekte der Entwicklungszusammenarbeit zu finanzieren und den Ländern, die entsprechend den oben genannten Kriterien zu substantziellen Fortschritten bereit sind, beim Abbau wirtschaftlich erdrückender Schulden zu helfen.

Hinweis:

Es wurde weiterhin vom Kreisparteitag beschlossen, diesen Beschluss als eigenen Antrag der CDU Rhein-Sieg auf dem 31. Bundesparteitag der CDU Deutschlands, 7.-8.12.2018 in Hamburg, zu stellen.

II.

a) Prüfung des Erwerbs oder Neubaus einer parteieigenen Kreisgeschäftsstelle

Der Kreisparteitag spricht sich für eine ergebnisoffene Prüfung des Erwerbs oder Neubaus einer parteieigenen Kreisgeschäftsstelle aus. Dem Kreisparteitag wird über den Sachstand berichtet.

b) Gerechtigkeitslücke in der rentenrechtlichen Behandlung von Menschen mit Behinderungen schließen!

Die CDU des Rhein-Sieg-Kreis fordert die CDU/CSU Bundestagsfraktion auf, im Rahmen der anstehenden Rentengesetzgebung eine Gerechtigkeitslücke in der rentenrechtlichen Behandlung von Menschen mit Behinderungen zu schließen. Das sog. „Rentenprivileg“ für Menschen mit Behinderung soll im Rahmen verfügbarer Haushaltsmittel auch auf Tätigkeiten auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt ausgedehnt werden.

III. Konnexität ernst nehmen - Kommunen finanziell entlasten

Der Kreisparteitag fordert die Landesregierung NRW auf, gemeinsam mit dem Bund eine 100prozentige Kostenerstattung bei der Flüchtlingshilfe in den Kommunen sicherzustellen. Die Ausfinanzierung bestehender kommunaler Finanzierungslücken muss daher absolute Priorität haben.

IV. Resolution zum 62. Kreisparteitag der CDU Rhein-Sieg

Der Kreisparteitag der CDU Rhein-Sieg empfiehlt dringend, um die CDU auf kommunaler Ebene zukunftsfest zu machen, dass bei den Kommunalwahlen 2020 jeder sechste CDU-Ratskandidat das 35. Lebensjahr noch nicht vollendet haben sollte. Darüber hinaus fordert der Kreisparteitag die verstärkte Einbindung von engagierten Jungpolitikern vor Ort als sachkundige Bürger und/oder stellvertretende Rats- bzw. Listenkandidaten.“